

KOMMENTAR

Was es bedeutet, Teil der freien Welt zu sein

Die Diskussion um die Neutralität dreht sich im Kreis. Die Schweiz muss ihren Partnern verbindlich sagen, welchen Beitrag sie für die Sicherheit Europas leisten will. Kooperation im Stillen reicht nicht.

Georg Häslar, Bern
193 Kommentare
06.01.2023, 05:30 Uhr

🔊 Hören 📌 Merken 🖨️ Drucken 📄 Teilen

Die Idee der freien Welt ist zurück. Der Schock über den russischen Angriff auf die Ukraine hat die Abwehrkräfte der offenen Gesellschaften von den USA bis nach Europa geweckt. Was die Alliierten gegen die Achsenmächte und später den Westen im Kalten Krieg einte, verbindet heute die freiheitlichen Länder. Es ist der unbedingte Wille zur Selbstbestimmung und die Ablehnung imperialer Machtansprüche.

Die Schweiz ist neben den USA, Grossbritannien und Frankreich einer der Prototypen dieser freien Welt. Mit der bewaffneten Neutralität gelang es dem modernen Bundesstaat, sein freiheitlich-demokratisches System vor den autoritären und nationalistischen Nachbarn des 19. und 20. Jahrhunderts zu schützen. Die geschickte Balance des Stillhaltens und Ausgleichens ersparte der Schweiz die Schrecken der beiden Weltkriege.

Damals wie heute gilt allerdings: Mit totalitären Systemen ist keine Freundschaft, keine Partnerschaft und auch kein dauerhafter Frieden möglich. Im Kalten Krieg diente die freie Welt als Kampfbegriff gegen die Gewaltherrschaft der Sowjetunion in ihrem Machtbereich. Die Schweiz konnte eine Parteinahme vermeiden: Sie lag geografisch schicksalhaft im Westen des Eisernen Vorhangs.

Die Schweiz will vor allem souverän sein

Als demokratisches und marktwirtschaftlich orientiertes Land gehörte die Schweiz den ganzen Kalten Krieg hindurch zur westlichen Wertegemeinschaft. Nur binden wollte sie sich nicht. Weshalb hätte die Willensnation Schweiz den Zusatzwillen aufbringen sollen, um sich in einer supranationalen Struktur mit ungewisser Zukunft zu engagieren? Die Neutralität schien den Sonderfall besser vor einem Krieg zu schützen als die Uno.

Bundesrat Max Petitpierre erfasste die schweizerische Skepsis in einer Grundsatzrede vor dem Nationalrat am 20. März 1947, zitiert nach dem Protokoll der NZZ: «Eine kollektive Sicherheit – das heisst eine Sicherheit, die sich auf alle Nationen, grosse wie kleine, erstreckt – ist unvereinbar mit Machtpolitik unter der Herrschaft der Mächtigen, die ihren Willen dem Schwächeren aufzwingt oder aufzuzwingen versucht.» Die Schweiz wollte vor allem souverän sein. Dafür bezahlte sie bis 1989 den Preis einer möglichst autonomen Landesverteidigung.

Die Diskussionen über die Neutralität drehen sich allerdings seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs im Kreis. Die Sätze in den diplomatischen Dokumenten im Bundesarchiv sind austauschbar. Manchmal erinnert allein die Schreibmaschinenschrift daran, dass ein Argument nicht aus dem aktuellen Kontext stammt, sondern aus der Vergangenheit – etwa einer «historischen Standortbestimmung» von 1962, als sich eine verstärkte Integration Europas abzeichnete. Die ewige Wiederholung der gleichen Gedanken hat sie zu Glaubenssätzen erstarren lassen.

Überraschend anders klingt ein Mitbericht des damaligen Militärdepartements (EMD) vom April 1992, den die Forschungsstelle Dodis soeben veröffentlicht hat. Darin steht der schon fast ungeheuer klingende Satz: «Die Neutralität hat aufgrund der geostrategisch veränderten Lage ihre dissuasive Schutzwirkung weitgehend verloren.» Gleichzeitig stellte das EMD fest, dass die technologische Entwicklung der Waffensysteme in Zukunft immer zwingender eine gewisse militärische Zusammenarbeit erfordere.

Der Verteidigungsfall steht im Zentrum

Das Leitbild, das zur Armee 95 führte, hatte der Bundesrat zu diesem Zeitpunkt verabschiedet. Der schweizerische Generalstab versuchte die Quadratur des Kreises: Einerseits sollte die Armee nach dem Ende des Kalten Kriegs verkleinert werden, andererseits musste sie weiterhin als Gesamtsystem die Souveränität der Schweiz schützen. Im Rückblick wirkt die Armee 95 wie ein sicherheitspolitischer EWR. Ein Wartesaal. Alle Optionen sollten offenbleiben. An diesem Schwebzustand hat sich seither kaum etwas geändert.

Die Schweiz rüstete über mehrere Stufen kräftig ab, hielt aber an der Landesverteidigung fest. Als Nebenprodukt blieb die Schweizer Armee im Kern besser erhalten als etwa die Bundeswehr oder das österreichische Bundesheer. Ähnlich verhält es sich mit der militärischen Kooperation: Die Gefässe für eine punktuelle Zusammenarbeit werden zwar genutzt, die Schweiz drückt sich aber gegenüber ihren potenziellen Partnern vor klaren militärstrategischen Aussagen.

Das EMD lieferte bereits 1992 die Formel, die nach dem 24. Februar eine neue Dringlichkeit erhalten hat: «Die militärische Zusammenarbeit muss sich auf den Verteidigungsfall beziehen.» Dies gilt für das schweizerische Interesse an einer Kooperation, aber ganz besonders auch für das Angebot an die militärischen Nachbarn. Wenn die Schweiz die Erfahrungen oder Einrichtungen anderer Armeen nutzen will, dann muss sie auch eine Gegenleistung erbringen.

Die Zeit der stillen Kooperation ist vorbei. Auch Friedenseinsätze mit militärischen Nischenprodukten wie in Kosovo alleine reichen nicht mehr als Beitrag an die Sicherheit Europas. Den militärischen Schutz des Kontinents bezahlen heute im Wesentlichen die US-Steuerzahler: mit Waffenlieferungen an die Ukraine, aber auch mit Bodentruppen in Osteuropa, einem Flugzeugträger und dem pausenlosen Einsatz der Luftwaffe. Zusammen mit Deutschland und Österreich gehört die Schweiz zu den grossen Profiteuren der amerikanischen Sicherheitsanstrengungen in Europa.

Eine Annäherung an die Nato stärkt die Souveränität

Selbst Frankreich könnte sich heute trotz «force de frappe», der eigenen Atombombe, in einem «high-intensity war» nicht mehr alleine verteidigen. Die französische Generalität befürchtet nicht nur eine weitere Eskalation der Konfrontation mit Russland, sondern warnt auch vor der fragilen Lage im Mittelmeer. Das militärische Potenzial der Schweiz in der Luft und am Boden käme für die konkrete Planung eines Ernstfalls gelegen. Doch Bern bleibt mit Verweis auf die Neutralität unverbindlich. Paris sieht deshalb auch keine Veranlassung, der Schweizer Armee ihre Übungsplätze für grössere Manöver zur Verfügung zu stellen.

So zynisch es klingen mag: Die Sicherheitspolitik verspricht ein Jahr nach dem russischen Überfall auf die Ukraine schon keine schnellen politischen Gewinne mehr und hat deshalb vor den Wahlen im Herbst einen schweren Stand. Eine konstruktive Gegenposition zur Neutralitätsinitiative bietet allerdings die Chance auf ein politisches Alleinstellungsmerkmal – und später die Möglichkeit, die Zukunft der Schweiz als Teil der freien Welt massgeblich zu gestalten.

Es stellt sich deshalb die Frage, wie das Verteidigungsdepartement (VBS) die gross angekündigte Kooperation der Armee tatsächlich vorantreiben will. Auch eine vertiefte Zusammenarbeit mit der Nato als «enhanced opportunity partner» funktioniert nicht, wenn die Schweiz primär profitieren will. Die eben erst lancierte Neutralitätsinitiative der SVP scheint im VBS bereits wieder vorauseilenden Gehorsam auszulösen. Die Devise von Mitte-Bundesrätin Viola Amherd lautet wohl auch weiterhin: ja keine Fehler.

Denn eine Annäherung an die Nato und damit eine Mitverantwortung für den Schutz des freiheitlichen Wertesystems kostet die Schweiz wesentlich weniger Souveränität als der Zugang zum europäischen Binnenmarkt. Im sicherheitspolitischen Kontext kann die Schweiz selber bestimmen, wie sie ihre Neutralität qualifizieren will. Schweden und Finnland haben in der Vergangenheit gezeigt, wie viel Spielraum es gibt. Selbst bei einer Nato-Vollmitgliedschaft könnte der Beitrag im Bündnisfall den realen Möglichkeiten – etwa dem Milizprinzip – angepasst werden.

Militärische Kooperation mit der freien Welt

Die Voraussetzung, um den Schweizer Mittelweg als neutrales und doch freiheitliches Land vorerst weiter zu gehen, ist erstens eine geschärfte Haltung der eigenen Position und zweitens Transparenz gegenüber den Partnern. Unter Druck kommen Länder, die nur für sich schauen. Auch deshalb braucht es ein Gegenkonzept zu einer egoistischen Lesart der Neutralität. Die Schweiz als Standort für Verhandlungen ins Spiel zu bringen, klingt zwar edel, lenkt aber auf die falsche Fährte eines Mythos.

Die kurze Annäherung zwischen Israeli und Palästinensern wurde im Nato-Land Norwegen ausgehandelt. Das Osloer Abkommen bleibt ein historischer Begriff, die Genfer Initiative mit einer ähnlichen Zielsetzung dagegen eine Fussnote. Zudem ist es Sache der Ukrainerinnen und Ukrainer, wann sie verhandeln wollen. Ein Vorwand für den nächsten Krieg ist kein Friedensschluss.

Das Aussendepartement hat im vergangenen Jahr gezeigt, wie die Schweiz auch ohne Waffenlieferungen in eine friedliche Zukunft der Ukraine in Freiheit investieren kann. Faktisch hat sie als Nicht-EU-Land mit den Lugano-Prinzipien für den Wiederaufbau eine Patenschaft für die europäische Integration Kiews übernommen. Es ist am neuen Bundespräsidenten Alain Berset, zu dieser Initiative seines Vorgängers, Bundesrat Ignazio Cassis, Sorge zu tragen. Jeder Tatbeweis erhöht die Handlungsfreiheit und damit die Souveränität.

Die Schweiz ist Teil der freiheitlichen Front gegen die nihilistische Gewalt des Kremls. Ideell entspricht dies dem Wesenskern des modernen Bundesstaats. Die globale Vernetzung hat allerdings ein rein territoriales Verständnis von Sicherheit gesprengt. Was die Wertepartner betrifft, geht auch die Schweiz etwas an. Im 21. Jahrhundert ist deshalb eine Kooperation mit den militärischen Nachbarn der beste Eigenschutz – und der konsequenteste Beitrag für eine freie Welt.

📌 🗨️ 📧 📘 🐦 📺 ✖️